Tagesordnung der 37. Sitzung des Kreistages
Dienstag, 09.06.2020, 18:00 Uhr
im Großen Sitzungssaal im Kreishaus Heinsberg

Öffentlicher Teil

1. Einführung und Verpflichtung eines neuen Kreistagsmitgliedes
2. Ausschussergänzungswahlen
3. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Zuleitung des Entwurfs des Gesamtabschlusses 2018
4. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für März und April 2020
5. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Mai 2020
6. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur kreisweiten Abwicklung der Ertragsausfälle durch die Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat März 2020
7. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Erstattung der Entgelte für den Unterricht an der Musikschule des Kreises Heinsberg
8. Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg
9. Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes
10. Gesamtabschluss des Kreises Heinsberg zum 31.12.2018
11. Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW)
12. Finanzielle Folgen der Corona-Pandemie;
hier: Bericht über geplante Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht des Landes NRW
13. Finanzielle Folgen der Corona-Pandemie;
hier: Auswirkungen auf den Kreishaushalt 2020 und Unterrichtung des Kreistages über außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 S. 1 GO NRW
14. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Verwendung von Recyclingpapier in der Verwaltung"

15. Bericht der Verwaltung

16. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

17. Ernennungs- und Höhergruppierungsvorschläge für das Jahr 2020

18. Abberufung und Bestellung eines Prüfers beim Rechnungsprüfungsamt

19. Liquiditätsunterstützung bei gewerblicher Kinderbetreuung

20. Ausgleichszahlungen für die mit dem freigestellten Schülerverkehr an den Schulen in Kreisträgerschaft beauftragten Unternehmen

21. Erlass einer neuen Rechnungsprüfungsordnung

22. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG
hier: Beteiligung der NEW Smart City GmbH an der Stadtentfalter GmbH

23. Bestätigung des Kreises Heinsberg gegenüber der Bezirksregierung Köln über die gesicherte Finanzierung des Straßenbauvorhabens Neubau EK 3/Ortsumgehung Birgden

24. Erwerb von landwirtschaftlichem Grundbesitz in der Gemarkung Erkelenz für naturschutzfachliche Zwecke

25. Bericht der Verwaltung

26. Anfragen

Sitzung des Kreistages am 09.06.2020

Übersicht über die Abstimmungsergebnisse des Kreisausschusses

Öffentlicher Teil

- TOP 2: Ausschussergänzungswahlen**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 3: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Zuleitung des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2018**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 4: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für März und April 2020**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 5: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Mai 2020**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 6: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur kreisweiten Abwicklung der Ertragsausfälle durch die Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat März 2020**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 7: Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Erstattung der Entgelte für den Unterricht an der Musikschule des Kreises Heinsberg**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 9: Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 10: Gesamtabschluss des Kreises Heinsberg zum 31.12.2018**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 11: Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW)**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen
- TOP 12: Finanzielle Folgen der Corona-Pandemie; hier: Bericht über geplante Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht des Landes NRW**
Abstimmungsergebnis im Kreisausschuss: einstimmig beschlossen

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0062/2020

Einführung und Verpflichtung eines neuen Kreistagsmitgliedes

Beratungsfolge:

09.06.2020 Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Das Kreistagsmitglied Egon Grünter (CDU-Fraktion) ist mit Ablauf des 31.03.2020 aus seinem Amt ausgeschieden. Nach der Reserveliste der CDU-Fraktion ist Herr Nikolaos Bletsas, Heinsberg, Nachfolger für den ausgeschiedenen Herrn Grünter. Herr Bletsas wurde gemäß § 45 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz als Nachfolger des Herrn Grünter festgestellt.

Das neue Kreistagsmitglied wird gemäß § 46 Abs. 3 Kreisordnung durch den Landrat eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0046/2020

Ausschussergänzungswahlen

Beratungsfolge:	
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	nein
----------------------------------	------

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach § 35 Abs. 3 Satz 7 Kreisordnung NRW wählen die Kreistagsmitglieder im Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Fraktion, der das ausgeschiedene Mitglied bei seiner Wahl angehörte, einen Nachfolger.

Die Fraktion DIE LINKE wurde zum 29.02.2020 aufgelöst. Die Kreistagsmitglieder Otten und Wiehagen haben zum 01.03.2020 die Fraktion Bündnis soziale Gerechtigkeit gegründet.

Als neues beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss schlägt die Fraktion Bündnis soziale Gerechtigkeit mit Schreiben vom 04.03.2020 den neuen sachkundigen Bürger Horst Franke anstelle der sachkundigen Bürgerin Anja Schultz, die ihr Mandat niedergelegt hat, vor.

Ferner wird der neue sachkundige Bürger Horst Franke als neues Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen anstelle von Kreistagsmitglied Ullrich Wiehagen vorgeschlagen. Kreistagsmitglied Ullrich Wiehagen wird als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen anstatt der sachkundigen Bürgerin Jenny Marx vorgeschlagen.

Darüber hinaus schlägt die Fraktion Bündnis soziale Gerechtigkeit das Kreistagsmitglied Ullrich Wiehagen als neues beratendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel anstelle der sachkundigen Bürgerin Anja Schultz vor.

Im Schulausschuss wird als neues beratendes Mitglied die sachkundige Bürgerin Jenny Marx anstelle der sachkundigen Bürgerin Anja Schultz vorgeschlagen. Als neues stellvertretendes beratendes Mitglied schlägt die Fraktion Bündnis soziale Gerechtigkeit das Kreistagsmitglied Silke Otten vor.

Mit Schreiben vom 09.03.2020 schlägt das Diakonische Werk des Kirchenkreises Jülich als Mitglied der Träger der freien Wohlfahrtspflege im Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen Frau Ursula Hensen anstelle von Herrn Herbert Hamann vor.

Auch die CDU-Fraktion regt mit Schreiben vom 06.05.2020 Neubesetzungen verschiedener Gremien für die Mitgliedschaften des ausgeschiedenen Kreistagsmitgliedes Egon Grünter an.

Als Mitglied im Bauausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss sowie als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes wird anstelle von Egon Grünter das Kreistagsmitglied Nikolaos Bletsas vorgeschlagen.

Ferner schlägt die CDU-Fraktion als Mitglied in der Gesellschafterversammlung der vogelsang ip gGmbH das Kreistagsmitglied Anna Stelten anstelle von Egon Grünter vor.

Beschlussvorschlag:

Den vorgeschlagenen Gremienbesetzungen wird zugestimmt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0045/2020/1

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Zuleitung des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2018

Beratungsfolge:	
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	ja
----------------------------------	----

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Nach § 116 der Gemeindeordnung NRW (GO) hat der Kreis Heinsberg in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Gesamtabschluss hat folgende Bestandteile:

- Gesamtbilanz,
- Gesamtergebnisrechnung und
- Gesamtanhang.

Der Gesamtabschluss ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Dem Gesamtanhang ist gemäß § 52 Abs. 3 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) eine Kapitalflussrechnung beizufügen. Zudem ist dem Gesamtabschluss gemäß § 117 Abs. 1 GO ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Der nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften von Kreiskämmerer Schmitz aufgestellte Entwurf des Gesamtabchlusses 2018 wurde von Landrat Pusch ohne Abweichungen bestätigt.

Gemäß § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW (KrO) in Verbindung mit § 116 Abs. 1 GO ist der Entwurf des Gesamtabchlusses dem Kreistag zuzuleiten. Bevor eine Beschlussfassung über die Bestätigung des Gesamtabchlusses 2018 im Kreistag erfolgen kann, ist dieser gemäß § 116 Abs. 6 GO vom Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen.

Der Gesamtabschluss hat einen erheblichen Umfang, der mit dem Umfang des Haushaltsplans vergleichbar ist. Entsprechend der bisherigen Verfahrensweise wird schon aus wirtschaftlichen Gründen auf die Erstellung einer Vielzahl von Exemplaren des Gesamtwerkes und eine Versendung mit diesen Erläuterungen verzichtet.

Selbstverständlich besteht für alle Kreistagsmitglieder die Möglichkeit, die vollständigen Unterlagen beim Amt für Finanzwirtschaft und Beteiligungen einzusehen.

Da die Sitzung des Kreistages am 31.03.2020 aufgrund der Einschränkungen durch den Coronavirus nicht stattgefunden hat, wurde im Wege der Dringlichkeit gem. § 50 Abs. 3 S. 2 KrO NRW a.F. folgender Beschluss gefasst:

„Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2018 wird zur Kenntnis genommen und dem Rechnungsprüfungsausschuss zur weiteren Prüfung zugeleitet.“

Die der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügte Dringlichkeitsentscheidung und die Entwürfe der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung und der Kapitalflussrechnung sowie der Entwurf des Gesamtabschlusses 2018 wurden den Kreistagsmitgliedern per E-Mail am 07.04.2020 übermittelt.

Beschlussvorschlag:

Die v. g. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO NRW vom 24.03.2020 über die Zuleitung des Entwurfs des Gesamtabschlusses 2018 wird genehmigt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0069/2020

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für März und April 2020

Beratungsfolge:

18.05.2020	Jugendhilfeausschuss
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

ja

Leitbildrelevanz:

nein

Inklusionsrelevanz:

nein

Im Wege der Dringlichkeit wurde gem. § 50 Abs. 3 S. 4 KrO am 30.03.2020 folgender Beschluss gefasst:

„1. Der Kreis Heinsberg setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten, Offenen Ganztagschulen und Kindertagespflegen im Hinblick auf die aktuelle Corona-Situation für den Monat April 2020 aus. Sofern Elternbeiträge für den Monat April 2020 trotzdem gezahlt werden, werden diese erstattet.

2. Hinsichtlich des Monats März 2020 werden die bereits eingezogenen bzw. gezahlten Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten, Offenen Ganztagschulen und Kindertagespflegen angesichts der notwendigen Bearbeitungsdauer zu einem späteren Zeitpunkt erstattet. Die Verwaltung setzt sich für eine Beteiligung des Landes NRW an den Ausfallkosten für den Monat März 2020 ein.“

Weitere Erläuterungen können der der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses beigefügten Dringlichkeitsentscheidung entnommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die v. g. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO vom 30.03.2020 zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für März und April 2020 wird genehmigt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0070/2020

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Mai 2020

Beratungsfolge:

18.05.2020	Jugendhilfeausschuss
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

nein

Leitbildrelevanz:

nein

Inklusionsrelevanz:

nein

Im Wege der Dringlichkeit wurde gem. § 50 Abs. 3 S. 4 KrO am 30.04.2020 folgender Beschluss gefasst:

„Der Kreis Heinsberg setzt die Erhebung von Elternbeiträgen auf Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von Kindertagesstätten, Offenen Ganztagschulen und Kindertagespflegen im Hinblick auf die aktuelle Corona-Situation für den Monat Mai 2020 aus. Sofern Elternbeiträge für den Monat Mai 2020 trotzdem gezahlt werden, werden diese erstattet.“

Weitere Einzelheiten können der der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses beigefügten Dringlichkeitsentscheidung entnommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die v. g. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO vom 30.04.2020 zur Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Mai 2020 wird genehmigt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0063/2020

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur kreisweiten Abwicklung der Ertragsausfälle durch die Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat März 2020

Beratungsfolge:	
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:	ja
----------------------------------	----

Leitbildrelevanz:	nein
--------------------------	------

Inklusionsrelevanz:	nein
----------------------------	------

Da die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages erst am 26.05.2020 bzw. 09.06.2020 stattfinden, zur finanziellen Entlastung die Erstattung der Elternbeiträge für den Monat März 2020 jedoch Ende April 2020 erfolgen sollte, wurde im Wege der Dringlichkeit gem. § 50 Abs. 3 Satz 4 KrO am 22.04.2020 folgender Beschluss gefasst:

„1. Auf der Grundlage des Belastungsausgleiches des Landes NRW für den Kreis Heinsberg in Höhe von 4 Mio. Euro erhalten die kreisangehörigen Kommunen eine Zuweisung des Kreises zur Kompensation von 50% der Ertragsausfälle bei den Elternbeiträgen für den Monat März 2020 in folgender Höhe:

Stadt / Gemeinde	Ausgleichsbetrag:
Erkelenz	115.000 €
Gangelt	6.250 €
Geilenkirchen	58.650 €
Heinsberg, Stadt	107.500 €
Hückelhoven	88.650 €
Selfkant	2.750 €
Übach-Palenberg	12.400 €
Waldfeucht	3.550 €
Wassenberg	7.500 €
Wegberg	22.500 €
gesamt	424.750 €

Die Bewilligung erfolgt ohne gesonderte Bescheiderteilung pauschal als Festbetrag unter Ausschluss einer Nachfinanzierungsverpflichtung.

2. Der Jugendamtsumlage wird pauschal ein Betrag in Höhe von 177.400 Euro zur Kompensation des Ertragsausfalls für den Monat März 2020 zugeordnet.“

Die unterzeichnete Dringlichkeitsentscheidung, der weitere Erläuterungen entnommen werden können, ist der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die v. g. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO vom 22.04.2020 zur kreisweiten Abwicklung der Ertragsausfälle durch die Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für den Monat März 2020 wird genehmigt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0064/2020

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW zur Erstattung der Entgelte für den Unterricht an der Musikschule des Kreises Heinsberg

Beratungsfolge:

26.05.2020 Kreisausschuss
09.06.2020 Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

ja

Leitbildrelevanz:

nein

Inklusionsrelevanz:

nein

Ab dem 26.02.2020 waren die Schulen im Kreis Heinsberg vorübergehend geschlossen und somit fand seit diesem Zeitpunkt auch an der Musikschule des Kreises Heinsberg kein regulärer Musikschulunterricht statt.

Um eine Gleichbehandlung mit den Elternbeiträgen zu erzielen, erscheint es angemessen, die Entgelte für die Musikschule des Kreises Heinsberg ab dem Monat März 2020 zu erstatten.

Da die nächsten Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages erst am 26.05.2020 bzw. 09.06.2020 stattfinden, die Erstattung der Beiträge jedoch zeitnah abgewickelt werden sollte, wurde im Wege der Dringlichkeit gem. § 50 Abs. 3 S. 4 KrO am 30.03.2020 folgender Beschluss gefasst:

„Die Entgelte für den Besuch der Musikschule des Kreises Heinsberg werden ab Monat März 2020 bis zum Zeitpunkt der Wiederaufnahme des regulären Musikschulunterrichtes der Musikschule des Kreises Heinsberg erstattet.“

Weitere Einzelheiten können der der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügten Dringlichkeitsentscheidung entnommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die v. g. Dringlichkeitsentscheidung gem. § 50 Abs. 3 KrO vom 30.03.2020 zur Erstattung der Entgelte für den Unterricht an der Kreismusikschule wird genehmigt.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0093/2020

Änderung der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg

Beratungsfolge: 09.06.2020 Kreistag	
Finanzielle Auswirkungen:	nein
Leitbildrelevanz:	09.
Inklusionsrelevanz:	ja

Bedingt durch das Coronavirus wurde die Kreismusikschule am 26.02.2020 geschlossen. Nachdem sich abzeichnete, dass die Schließung länger andauern würde, wurde der Unterrichtsbetrieb nach und nach auf digitale Formate umgestellt. Seit 07.05.2020 ist der Einzelunterricht unter bestimmten Voraussetzungen wieder möglich. Nach Umsetzung der Vorgaben zu Hygiene- und Abstandsregelungen kann der Präsenzunterricht in der Kreismusikschule seit dem 11.05.2020 nur in eingeschränktem Umfang wieder angeboten werden. Bekanntlich unterrichtet die Kreismusikschule dezentral an den allgemeinbildenden Schulen im Kreisgebiet.

Aufgrund der aktuellen Krisenlage und des auch für die allgemeinbildenden Schulen eingeschränkten Schulbetriebes bedarf es zahlreicher Abstimmungen, ob, zu welchen Zeiten und in welchem Umfang an diesen Schulen der Unterricht der Kreismusikschule stattfinden kann. Hinzu kommen umfangreiche Hygienemaßnahmen, gerade im Hinblick auf das schulische Angebot für Bläser/innen und Sänger/innen. Aufgrund dieser Rahmenbedingungen ist anzunehmen, dass die Kreismusikschule auch im kommenden Schuljahr neben den Präsenzstunden weiter auf digitale Formate zurückgreifen muss. Zur Klarstellung, dass auch für diese digitalen Unterrichtsangebote Entgelte nach Maßgabe der gültigen Entgeltordnung erhoben werden, sollte die Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg, Stand 01.01.2019, redaktionell überarbeitet werden.

Die Formulierungen

„Für den Besuch der Kreismusikschule werden Entgelte nach Maßgabe dieser Entgeltordnung erhoben:“ und

„2. Besuchen mehrere Kinder eines Erziehungsberechtigten die Kreismusikschule ermäßigt sich das Entgelt...“

sollten wie folgt neu formuliert werden:

„Für die Teilnahme am Unterricht der Kreismusikschule werden Entgelte nach Maßgabe dieser Entgeltordnung erhoben:“ und

„2. Nehmen mehrere Kinder eines Erziehungsberechtigten am Unterricht der Kreismusikschule teil, ermäßigt sich das Entgelt...“ (**Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreistages**)

Durch diese redaktionellen Änderungen wird auch der Personenkreis erfasst, der die digitalen Unterrichtsformate in Anspruch nimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Entgeltordnung der Kreismusikschule wird mit Wirkung zum 01.08.2020 entsprechend dem als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreistages beigefügten Entwurf neu gefasst.

Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg

Der Kreistag des Kreises Heinsberg hat in seiner Sitzung am ... in Abänderung der Entgeltordnung vom 5. Oktober 1978 folgende Neufassung der Entgeltordnung für die Musikschule des Kreises Heinsberg beschlossen, die zum 01.08.2020 in Kraft tritt.

Für die Teilnahme am Unterricht der Kreismusikschule werden Entgelte nach Maßgabe dieser Entgeltordnung erhoben:

1.	Das monatliche Entgelt beträgt bei wöchentlich einmaligem Unterricht	Zeit	Kinder/ Jugendliche EUR	Erwachsene EUR
1.1	Musikbabys	30 Min.	21,00	
1.2	Musikmäuse	45 Min.	21,00	
1.3	für die musikalische Früherziehung -zweijährig-	75 Min	25,00	
1.4	Instrumentenkarussell	45 Min.	25,00	
1.5	für die Instrumentalausbildung (einschl. Gesang)			
1.5.1	Einzelunterricht	45 Min.	70,00	113,00
1.5.2	Einzelunterricht	30 Min.	52,50	85,00
1.5.3	Gruppenunterricht mit 2 Schülern	45 Min.	40,50	66,00
1.5.4	Gruppenunterricht ab 3 Schüler	45 Min.	31,50	50,00
1.5.5	Vorberufliche Fachausbildung (45 Min. Hauptinstrument, 45 Min. Nebeninstrument, 45 Min. Gruppenunterricht in Theorie)		125,00	
1.5.6	Zehnerkarte für Erwachsene	30 Min. 45 Min.		255,00 340,00
1.6	Gruppenunterricht Theorie - ab 5 Schüler	45 Min.	21,00	
1.7	Spiel-, Sing- und Instrumentalkreise werden entgeltfrei angeboten.			
1.8	Kooperationen der Kreismusikschule mit öffentlichen Schulen im Kreis Heinsberg		Das Entgelt wird zumindest kostendeckend kalkuliert.	
1.9	Projekte der Kreismusikschule		Das Entgelt wird zumindest kostendeckend kalkuliert.	
2.	Nehmen mehrere Kinder eines Erziehungsberechtigten am Unterricht der Kreismusikschule teil, ermäßigt sich das Entgelt			
	bei 2 Kindern um 15 % je Kind, bei 3 Kindern um 25 % je Kind, bei 4 Kindern um 30 % je Kind, bei 5 Kindern um 35 % je Kind.			

3. Für die Miete von Instrumenten des Kreises ist ein Entgelt von 12,00 EUR monatlich zu zahlen. Instrumente können in der Regel für die Dauer von einem Jahr gemietet werden.
4. Das Entgelt ist monatlich am ersten Arbeitstag fällig.
5. Während der Ferienzeit an allgemein bildenden Schulen und an Feiertagen findet kein Unterricht statt. Das Entgelt ist jedoch monatlich weiterzuzahlen.
6. Die Musikschule des Kreises Heinsberg garantiert bei ununterbrochener Anmeldung in einem Schuljahr die Erteilung von 35 Unterrichtseinheiten in diesem Zeitraum. Wird die Zahl aus Gründen unterschritten, die die Musikschule des Kreises Heinsberg zu vertreten hat (z. B. Erkrankung der Lehrkraft), wird auf entsprechenden Antrag am Ende des Schuljahres jeweils 1/35 des Jahresentgelts für jede Unterrichtseinheit erstattet, um die die garantierte Stundenzahl unterschritten wird. Nicht als Ausfallstunden zählen Unterrichtseinheiten, die z. B. wegen fachinterner Vorspiele oder Klassenvorspiele ausfallen.
7. Einen Anspruch auf Entgeltbefreiung für ihre minderjährigen Kinder haben Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch II oder von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch XII.

Empfänger von Grundsicherungsleistungen für Arbeitsuchende nach SGB II, Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, Empfänger von Kindergeldzuschlag nach dem Bundeskindergeldgesetz und Wohngeldempfänger, die Inhaber eines Gutscheines im Rahmen des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24.03.2011, BGBl. I, 453, (Bildungspaket) sind, haben diesen für die Inanspruchnahme von Leistungen aus dieser Entgeltordnung einzusetzen. Der Bildungsgutschein ist der Musikschule des Kreises Heinsberg auszuhändigen.

8. Schüler/innen, Studenten/innen und Teilnehmer/innen an Freiwilligendiensten über 18 Jahre werden bei der Entgeltberechnung als Jugendliche behandelt.
9. Die Abmeldung eines Schülers vom Musikunterricht der Kreismusikschule kann nur schriftlich jeweils einen Monat vor dem 30. April und 31. Oktober bei der Geschäftsstelle der Kreismusikschule vorgenommen werden. Eine Abmeldung aus einem laufenden Früherziehungs- bzw. Grundkurs ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.
10. Für nicht im Kreis Heinsberg Wohnhafte:
Für die einzelnen Unterrichtsangebote wird das Entgelt zumindest kostendeckend kalkuliert.
11. Für im Katastrophenschutz und Rettungsdienst des Kreises Heinsberg ehrenamtlich Tätige:
Das monatlich zu zahlende Entgelt ermäßigt sich um 25 %.

Abmeldungen bei den Musiklehrern sind unwirksam.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0081/2020

Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes

Beratungsfolge:	
18.05.2020	Jugendhilfeausschuss
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag
Finanzielle Auswirkungen:	
	ja
Leitbildrelevanz:	
	1. und 2.
Inklusionsrelevanz:	
	nein

Aus folgenden Gründen ist es erforderlich, die Elternbeitragssatzung zu ändern:

Im neuen Kinderbildungsgesetz, welches im August 2020 in Kraft tritt, wurde die Beitragsfreiheit von einem Jahr auf 2 Jahre angehoben. Gem. § 50 KiBiz „ist die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege durch Kinder, die bis zum 30. September das vierte Lebensjahr vollendet haben werden, ab Beginn des im selben Kalenderjahr beginnenden Kindergartenjahres bis zur Einschulung beitragsfrei.“

Wie bereits ausgeführt wurden die Leitlinien zur Tagespflege geändert. Dadurch ergibt sich eine Änderung der Anlagen der Elternbeitragssatzung (Elternbeitragstabelle).

Weiterhin wurde die Elternbeitragsabteilung durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft. Bei dieser Überprüfung wurde seitens des Rechnungsprüfungsamtes auf fehlende Inhalte der Elternbeitragssatzung hingewiesen. Diese Änderungen (u. a. Aufnahme des KindergeldPlus) wurden nun in der Elternbeitragssatzung vorgenommen.

Die Neufassung der Elternbeitragssatzung sowie die Elternbeitragstabellen sind der Einladung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die Änderung der Elternbeitragssatzung wird wie vorgeschlagen beschlossen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0058/2020/1

Gesamtabschluss des Kreises Heinsberg zum 31.12.2018**Beratungsfolge:**

20.05.2020	Rechnungsprüfungsausschuss
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

Ja

Leitbildrelevanz:

Nein

Inklusionsrelevanz:

Nein

Nach § 116 der Gemeindeordnung NRW (GO) hat der Kreis Heinsberg in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Gesamtabschluss hat folgende Bestandteile:

- Gesamtbilanz,
- Gesamtergebnisrechnung und
- Gesamtanhang.

Der Gesamtabschluss ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Dem Gesamtanhang ist gemäß § 52 Abs. 3 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO) eine Kapitalflussrechnung beizufügen. Zudem ist dem Gesamtabschluss gemäß § 117 Abs. 1 GO ein Beteiligungsbericht beizufügen.

Den mit Datum vom 10.03.2020 vom Kreiskämmerer aufgestellten und vom Landrat bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses hat der Kreistag im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung am 24.03.2020 zur Kenntnis genommen und diesen dem Rechnungsprüfungsausschuss zur weiteren Prüfung zugeleitet. Allen Kreistagsmitgliedern wurde diese Entscheidung nebst dem Gesamtabschluss per E-Mail am 07.04.2020 zugeleitet.

Nach § 53 Abs. 1 KrO i.V.m. § 116 Abs. 6 GO NRW prüft der Rechnungsprüfungsausschuss den Gesamtabschluss und bedient sich hierzu nach § 101 Abs. 8 GO NRW der örtlichen Rechnungsprüfung. § 103 Abs. 5 GO NRW eröffnet die Möglichkeit, dass sich die örtliche Rechnungsprüfung mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses Dritter als Prüfer bedienen kann. Mit Beschluss vom 29.10.2018 hat der Rechnungsprüfungsausschuss auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsamtes der Beauftragung der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH, Heinsberg, zur Prüfung des Gesamtabschlusses 2018 zugestimmt.

Der Gesamtabchluss war dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtlageberichtes erstreckte sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Die HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH hat mit diesen Maßgaben in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsamt die Prüfung des Gesamtabchlusses durchgeführt und über die Prüfung einen Bericht erstellt. Dieser Bericht schließt mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Das Rechnungsprüfungsamt schließt sich dem Prüfungsbericht und dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH vom 17.03.2020 an.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 20.05.2020 den Gesamtabchluss und den Gesamtlagebericht des Kreises Heinsberg für das Jahr 2018 gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW n.F. geprüft und den Prüfungsbericht der HS-Regio Wirtschaftsprüfung GmbH, dem sich das Rechnungsprüfungsamt angeschlossen hat, als Stellungnahme gegenüber dem Kreistag übernommen.

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Kreistag des Kreises Heinsberg bestätigt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs. 1 GO NRW den geprüften Gesamtabchluss des Kreises Heinsberg zum 31.12.2018 mit der Bilanzsumme von 451.156.018,87 €.
- 2.) Die Kreistagsmitglieder erteilen gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 116 Abs. 1 und 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW dem Landrat für den Gesamtabchluss des Kreises zum 31.12.2018 vorbehaltlos Entlastung.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0083/2020

Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW)

Beratungsfolge:	
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag
Finanzielle Auswirkungen:	siehe Anlage
Leitbildrelevanz:	nein
Inklusionsrelevanz:	nein

Gemäß § 22 Abs. 4 KomHVO NRW ist dem Kreistag eine Übersicht der Ermächtigungsübertragungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnisplan und den Finanzplan des Folgejahres vorzulegen.

Für die Veranschlagung im Haushaltsplan gilt nach § 79 GO NRW der Grundsatz der Jährlichkeit. Der Haushaltsplan hat danach im Ergebnisplan die im Haushaltsjahr durch die Erfüllung der Aufgaben entstehenden Aufwendungen und entsprechend im Finanzplan die zu leistenden Auszahlungen auszuweisen. Mit dem Ende des Haushaltsjahres entfällt die Ermächtigung, aus den Haushaltspositionen heraus noch Aufwendungen entstehen zu lassen oder Auszahlungen zu leisten. Die Ermächtigungsübertragung durchbricht den Grundsatz dieser zeitlichen Bindung.

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes lässt sich nicht immer mit Gewissheit vorausblicken, ob die veranschlagten Ermächtigungen für Vorhaben, die sich über das Haushaltsjahr hinaus erstrecken, bis zum Ende des Haushaltsjahres wie geplant in Anspruch genommen werden können. Die zügige Durchführung solcher Vorhaben könnte gefährdet werden, wenn zur weiteren Inanspruchnahme der Ermächtigungen diese erst neu im Haushaltsplan veranschlagt werden müssten.

Durch § 22 KomHVO ist daher die Möglichkeit geschaffen worden, Aufwendungs- und Auszahlungsermächtigungen in das nächste Haushaltsjahr im Sinne einer flexiblen und wirtschaftlichen Haushaltsführung zu übertragen.

Die Ermächtigungsübertragungen belasten wirtschaftlich das neue Haushaltsjahr. Die vorgesehenen Ermächtigungsübertragungen erfolgen im Jahresabschluss. Bei einer Übertragung führen sie daher zu einer unmittelbaren Veränderung der betroffenen Haushaltspositionen im Ergebnis- bzw. Finanzplan 2020, der vom Kreistag beschlossen worden ist.

Im Aufwandsbereich wurden im Jahresabschluss 2019 insgesamt Ermächtigungsübertragungen in Höhe von 935.115,73 € festgesetzt. Wirtschaftlich wird das Haushaltsjahr 2020 belastet, indem der Ressourcenverbrauch tatsächlich stattfindet. Die Übertragungen bewirken eine unmittelbare Veränderung der Haushaltspositionen im Ergebnis- und Finanzplan des Jahres 2020 (Planfortschreibung). Des Weiteren wurden Ermächtigungsübertragungen für Baumaßnahmen und andere Investitionen in Höhe von 10.313.571,82 € gebildet. Diese im Haushaltsjahr 2019 nicht verbrauchten, aber noch benötigten Haushaltsmittel führen im Rahmen der Planfortschreibung zu Erhöhungen der Haushaltspositionen des Finanzplanes im Haushaltsjahr 2020. Die Auszahlungen auf Grundlage der übertragenen Ermächtigungen fließen zusätzlich in die Finanzrechnung 2020 ein. Gleichzeitig ergibt sich durch die im Haushaltsjahr 2019 erfolgte Veranschlagung und Finanzierung der Investitionsmaßnahmen ein entsprechend verbessertes Finanzrechnungsergebnis 2019.

Die Kreditermächtigung gilt gemäß § 86 GO bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Jahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zum Erlass dieser Haushaltssatzung.

Eine Gesamtübersicht der übertragenen Ermächtigungen mit den entsprechenden Begründungen ist als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Die vorgesehenen Ermächtigungsübertragungen werden zur Kenntnis genommen.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0075/2020

**Finanzielle Folgen der Corona-Pandemie;
hier: Bericht über geplante Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht des Landes
NRW**

Beratungsfolge:	
26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag
Finanzielle Auswirkungen:	
	ja, siehe Bericht
Leitbildrelevanz:	
	ja
Inklusionsrelevanz:	
	nein

Mit Erlass vom 06.04.2020 hat das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW (MHKBG) auf die Corona-bedingten Finanzschäden für die kommunalen Haushalte reagiert und Eckpunkte der angestrebten gesetzlichen Änderungen vorgestellt. Der Erlass steht auf der Internetseite <https://www.mhkgb.nrw/corona> als Download zur Verfügung. Nachfolgend werden die Eckpunkte mit Bedeutung für den Kreishaushalt kurz beschrieben:

A. Laufendes Haushaltsjahr 2020 / Jahresabschluss 2020

1. Buchhalterische Isolation der Corona-bedingten Schäden

Die Corona-bedingten Finanzschäden sollen in ein außerordentliches Ergebnis überführt werden, damit sie im Jahresabschluss 2020 nicht ergebniswirksam werden. Das außerordentliche Ergebnis soll in der Bilanz aktiviert (Bilanzierungshilfe) und über einen Zeitraum von 50 Jahren ab dem Jahr 2025 linear aufgelöst werden. Einzelheiten stehen noch nicht fest, die Änderungen zielen jedoch darauf ab, die Ergebnisrechnung und damit den Haushaltsausgleich im Jahresabschluss 2020 nicht mit den Corona-bedingten Finanzschäden zu belasten. Die Belastung wäre ab dem Jahr 2025 mit jeweils 1/50 als Aufwand einzuplanen und dann 50 Jahre ergebnis- und umlagerelevant.

2. Über-/außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlungen

Nach den derzeitigen Vorschriften soll die Deckung von über-/außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im laufenden Haushaltsjahr gewährleistet sein (§ 83 Abs. 1 Satz 2 GO NRW). Die Landesregierung beabsichtigt, die Deckungsmöglichkeiten zu erweitern. Einzelheiten zu den über-/ außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Kreishaushalt 2020 werden in einem gesonderten Tagesordnungspunkt behandelt.

3. Änderungen zu § 81 GO NRW – Haushaltssperre

Die Anwendung des § 81 Abs. 4 GO NRW (Anordnung einer Haushaltssperre durch den Rat/Kreistag) soll für das Haushaltsjahr 2020 ausgesetzt werden.

4. Nachtragshaushalt nach § 81 Abs. 2 GO NRW

Die Verpflichtung zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes gemäß § 81 Abs. 2 GO NRW durch finanzielle Auswirkungen der Corona-Pandemie soll im Haushaltsjahr 2020 grundsätzlich entfallen.

5. Liquiditätsseitige Auswirkungen

Die haushaltsrechtlichen Vorgaben zur Erhöhung des Liquiditätskreditrahmens im Rahmen einer Nachtragssatzung sollen vereinfacht werden.

B. Haushaltsplanung 2021

Die unter A.1. beschriebene Systematik soll auch für die Haushaltsplanung 2021 gelten, um eine Auswirkung auf die Ergebnisplanung 2021 zu verhindern. Corona-bedingte Schäden wären damit im Haushaltsjahr 2021 noch nicht ergebnis- und umlagerelevant.

Bewertung aus Sicht der Verwaltung:

Anpassungen und Erleichterungen des Haushaltsrechts sind wichtig, um angesichts der bereits entstandenen und noch zu erwartenden Finanzschäden handlungsfähig zu bleiben. Das Instrument der Bilanzierungshilfe wäre geeignet, um die Corona-bedingten Belastungen zeitlich zu strecken, jedoch stellt es kein eigenes Finanzierungsinstrument dar, da die Belastungen „nur“ zeitlich gestreckt werden. Daher sollten direkte Finanzhilfen für die Gemeinden und Gemeindeverbände im Vordergrund stehen. Dies ist umso wichtiger, da die kreisangehörigen Kommunen ebenfalls eigene Corona-bedingte Finanzschäden insbesondere durch erhebliche Rückgänge ihrer Steuereinnahmen erwarten und die Befürchtungen zunehmen, in die Haushaltssicherung abzurutschen. Der Zielkonflikt zwischen gesunden Kreisfinanzen und der Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Kräfte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei der Festsetzung der Kreisumlage wird daher zweifellos steigen. Die Überlegungen der Landesregierung, Corona-bedingte Finanzschäden in den NRW-Rettungsschirm mit aufzunehmen werden daher begrüßt.

In der Sitzung des Kreisausschusses erläutern Landrat Pusch und Kämmerer Schmitz die Änderungen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt den Bericht über die geplanten Änderungen im kommunalen Haushaltsrecht des Landes NRW zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0076/2020

**Finanzielle Folgen der Corona-Pandemie;
hier: Auswirkungen auf den Kreishaushalt 2020 und Unterrichtung des Kreistages über
außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen gem. § 83 Abs. 2 S. 1 GO NRW**

Beratungsfolge:

26.05.2020	Kreisausschuss
09.06.2020	Kreistag

Finanzielle Auswirkungen:

ja, siehe Bericht

Leitbildrelevanz:

ja

Inklusionsrelevanz:

nein

Der Kreishaushalt 2020 wurde von der Bezirksregierung Köln mit Verfügung vom 21. Februar 2020 genehmigt. Durch den ersten bestätigten Coronavirus-Fall am 25. Februar 2020 und die anschließend begonnenen Maßnahmen des Krisenstabes zur Eindämmung des Coronavirus ergaben sich sehr früh und sehr weitreichend die ersten finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt. Mit Email vom 24. März 2020 informierte Herr Landrat Pusch alle Kreistagsfraktionen über eingetretene und geschätzte Verschlechterungen im Kreishaushalt sowie über die eingeleiteten Maßnahmen des Kreises und der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH.

Mit Stand 17. März 2020 wurden Mehraufwendungen in Höhe von rund **4,5 Mio. Euro** und Einnahmeausfälle in Höhe von rund **1 Mio. Euro** für den gesamten Kreishaushalt 2020 erwartet, d.h. eine Verschlechterung gegenüber der Planung von rund **5,5 Mio. Euro**.

Die Corona-bedingten Auswirkungen auf den Kreishaushalt sind sehr dynamisch, und die weitere Entwicklung ist derzeit nicht verlässlich abzuschätzen. Zur besseren Haushaltsüberwachung wurden eigene Buchungsstellen für die Corona-bedingten Ausgaben eingerichtet (02130200 konsumtiv und I-0213-016 investiv). Zum 17. März 2020 betrug das Ausgabevolumen für Schutzausrüstungen (Atmenschutzmasken u.a.) sowie andere vom Krisenstab veranlasste Ausgaben ca. 2,5 Mio. Euro. Nach aktuellem Stand (06.05.2020) ist dieses Ausgabevolumen bereits auf rd. 6 Mio. Euro gestiegen. Im Einzelnen verteilen sich diese Ausgaben wie folgt:

Kategorie	Betrag
Schutzausrüstung (insbesondere Atemschutzmasken)	5.130.676 €
Desinfektionsmittel und Desinfektionsständer	533.669 €
Sicherheitsdienst	36.742 €
Laborkosten	52.877 €
Ausstattungsgegenstände für den Krisenstab, Bürgertelefon, Gesundheitsamt	69.373 €
Mobile Arztpraxis / Testeinrichtungen	111.724 €
Verbrauchsmaterial, Einweg- und Sanitätsmaterial	17.784 €
Übernachtungs-, Verpflegungs- und Bewirtungskosten	22.094 €
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	13.805 €
Sonstiges	6.469 €
Summe	5.995.213 €

Noch nicht eingerechnet sind Einnahmeausfälle (insbesondere Kindergartenelternbeiträge, VHS-Entgelte, Musikschulentgelte), Mehraufwendungen für Personal, Auswirkungen auf den ÖPNV-Verlustausgleich bei der WestVerkehr GmbH und Mehraufwendungen durch zu erwartende erhöhte Sozialtransferleistungen. Soweit es hierfür eine gesetzliche oder vertragliche Grundlage gibt, wird die Verwaltung Kostenerstattungen für Materialbeschaffungen und Dienstleistungen geltend machen.

Aufgrund der besonderen und finanziell erheblichen Betroffenheit des Kreises Heinsberg hat die Verwaltung am 17. März 2020 eine finanzielle Unterstützung des Landes NRW beantragt. Das Land NRW hat die außergewöhnliche Belastungssituation des Kreises anerkannt und eine Zuweisung in Höhe von **4 Mio. Euro** gewährt. Hiermit können die finanziellen Verschlechterungen zumindest teilweise gedeckt werden.

Angesichts der aktuell nicht einschätzbaren weiteren Entwicklung ist die Haushaltslage trotz der Landeszuweisung sehr angespannt. Bereits ohne die Corona-bedingten Finanzschäden lag das aus der Ausgleichsrücklage zu deckende Defizit in der Haushaltsplanung 2020 bei **5,9 Mio. Euro**.

Aus den bislang eingetretenen Verschlechterungen ergibt sich keine Verpflichtung zu einer Nachtragssatzung gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i.V.m. § 81 GO NRW. Die Liquidität des Kreises ist derzeit gesichert. Liquiditäts- und Investitionskredite mussten bislang nicht aufgenommen werden.

Mit dieser Berichterstattung erfolgt gleichzeitig eine Unterrichtung des Kreistages gemäß § 83 Abs. 2 Satz 1 GO NRW über die bislang entstandenen außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen infolge der Corona-Pandemie.

Über die weitere Haushaltsentwicklung wird die Verwaltung in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am 24. Juni 2020 berichten.

Landrat Pusch erläutert in der Sitzung des Kreisausschusses die entstandenen, notwendigen Ausgaben. Kämmerer Schmitz weist auf die besondere Situation hin und erklärt, dass die Landeszuwendung i. H. v. 4 Mio. Euro nur einen Teil der Corona-bedingten Mehraufwendungen, die sich noch um einige Mio. Euro erhöhen werden, abdeckt. Es werde weiterhin strikt die Haushaltsdisziplin beachtet.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zu den Corona-bedingten finanziellen Auswirkungen auf den Kreishaushalt 2020 und den hieraus bislang entstandenen außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 S. 1 GO NRW zur Kenntnis.

Sitzung: öffentlich

Vorlage: 0033/2020

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 5 GeschO betr. "Verwendung von Recyclingpapier in der Verwaltung"

Beratungsfolge:

26.05.2020 Kreisausschuss

09.06.2020 Kreistag

Es wird auf den als Anlage der Einladung zur Sitzung des Kreisausschusses beigefügten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gem. § 5 GeschO vom 19.02.2020 verwiesen.

Landrat Pusch führt in der Sitzung des Kreisausschuss wie folgt aus:

„Das Umweltzeichen „Blauer Engel“ für Recyclingpapier fordert die Erfüllung höchster ökologischer Standards und ist die umweltfreundlichste Wahl bei der Beschaffung von Papier. Für die kreiseigenen Schulen wurde daher bis Ende 2019 Recyclingpapier mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ beschafft. Der Einsatz dieses Recyclingpapiers hat jedoch zu massiven Störungen bei Kopierern und Arbeitsplatzdruckern in den Schulen geführt. Die mit der Wartung dieser Geräte beauftragten Firmen/Hersteller haben eingeräumt, dass der Einsatz dieses Papiers grundsätzlich für die Geräte zugelassen sei, der Betrieb jedoch nicht empfohlen werde. Die Staubpartikel, die bei der Verarbeitung des Recyclingpapiers in den elektronischen Geräten entstehen und dort auch verbleiben, waren häufig Ursache dieser massiven Störungen. Insbesondere Kopierer sind in sehr kurzen Intervallen stetig ausgefallen. Die Wartungsintervalle wurden erheblich verkürzt und dennoch kam es immer wieder zu Ausfällen der Geräte. Dies hat den Schulbetrieb erheblich negativ beeinflusst. Die Schulleiter haben die Verwaltung dringend um Abhilfe gebeten.

Seit Beginn des Jahres 2020 wird daher auch für die Schulen das bereits seit Jahren in der Verwaltung eingesetzte FSC-zertifizierte Papier beschafft. Seit dem Einsatz dieses Papiers arbeiten die Kopierer an den Schulen nahezu störungsfrei. Die zuvor genannten Probleme beim Einsatz von Recyclingpapier haben vor Jahren bereits in der Verwaltung zu einer Umstellung auf FSC-zertifiziertes Papier geführt. Zuletzt wurde die Hausdruckerei im Kreishaus im Oktober 2019 mit zwei neuen „Kopierstraßen“ ausgestattet. Der Gerätehersteller Ricoh hat aus den vorgenannten Gründen empfohlen, auf den Einsatz von Recyclingpapier zu verzichten. Repräsentative Gründe haben seinerzeit bei der Papierumstellung keine Rolle gespielt. Der Verwaltung ist insofern an der Wirtschaftlichkeit einer Papierbeschaffung gelegen, um einen störungsfreien Betrieb im Bereich der Druckerzeugnisse zu gewährleisten. Bezüglich der Nachhaltigkeit gelten für die Verwaltung die nachfolgenden Kriterien für die Beschaffung des Papiers:

FSC – Forest Stewardship Council

Der Forest Stewardship Council ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich seit 1993 für eine umweltgerechte, sozialverträgliche und ökonomisch tragfähige Nutzung der Wälder weltweit einsetzt. Neben der Zertifizierung von Wäldern vergibt der FSC die Label FSC 100 %, FSC Mix und FSC Recycled an Produkte aus Holz, unter anderem Papier. Bei dem derzeit in der Verwaltung und den kreiseigenen Schulen verwendeten Papier „target per-

sonal“ handelt es sich um ein FSC-Mix mind. 70 %. Dieses Label steht für Produkte, bei denen Materialien aus FSC-zertifizierten Wäldern, Recyclingmaterial sowie Material aus kontrollierten Quellen (Controlled Wood mit maximal 30 %) zum Einsatz kommen. FSC-Mix ermöglicht eine verantwortungsvolle Waldwirtschaft nicht nur für Vollholzprodukte (FSC 100%), sondern auch für Möbel und Papier.

EU-Ecolabel

Das Siegel wird von der Europäischen Kommission ausgegeben. Es stellt Anforderungen an den gesamten Herstellungsprozess des Papiers. Um Wasser und Luft zu schonen, wird der Chemikalieneinsatz beschränkt. Das verwendete Material muss außerdem zu mindestens 50 % von externen Zertifizierungssystemen, wie beispielsweise FSC zertifiziert sein.

ECF (elementary-chlorine-free)

Die Herstellung von Papiererzeugnissen erfolgt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Alterungsbeständigkeit (ISO 9706)

Um Schriftgut dauerhaft für die Archivierung erhalten zu können, muss das Papier alterungsbeständig gemäß dieser Norm sein. Neben Festigkeitseigenschaften benennt die Norm Anforderungen an Alkalireserve, Oxidationsbeständigkeit und ph-Wert des Kaltwasserextraktes. Recyclingpapier kann zwar die ISO 9706 erfüllen, jedoch nicht das Umweltzeichen „Blauer Engel“ erhalten, da die Anforderungen an die zu verwendenden Altpapiersorten nicht erfüllt werden.

Weitere Kriterien sind:

Umweltmanagementsystem nach ISO 14001

Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001

Gesundheits- und Sicherheitssystem nach ISO 45001.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass das derzeit verwendete Papier keine optimale Lösung sei und die Nutzung von Recyclingpapier in anderen Verwaltungen funktioniere.

Die Fraktionen von FDP und CDU äußern, dass der Antrag bereits vor Jahren gestellt worden sei und man damals wie heute dem Antrag nicht zustimmen könne, da die Nutzung von Recyclingpapier mit den eingesetzten Kopierern und Druckern problematisch sei.

Landrat Pusch stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen daraufhin zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung und die Institutionen in Trägerschaft des Kreises steigen bei ihrer Beschaffung auf Recyclingpapier um.